

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 12. April 2007
GZ 300.337/002-S4-2/07

Betrifft: Novelle des Hochschülerschaftsgesetzes 1998

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 2. April 2007, BMWF-52.500/6-I/6b/2007, übermittelten Entwurfs einer Änderung des Hochschülerschaftsgesetzes 1998 und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: